

---

Ihr/e Gesprächspartner/in: Jürgen Kammel

**Verteiler: Vorsitzende(r), I, III, IV, FV, BRB,**

**Federführung: BRB**

**Termin f. Stellungnahme: 28.10.2015**

**erledigt am: 23.10.2015 Holl..**

## Anfrage

**Datum:** 23.10.2015

**Drucksachen-Nr.:** 15/0311

---

### Beratungsfolge

Rat

### Sitzungstermin

28.10.2015

### Behandlung

öffentlich /

---

### Betreff

Brandbrief der Bürgermeister

210 Bürgermeister haben am 21. Oktober 2015 unter dem Briefkopf des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen ein Schreiben an die Bundeskanzlerin gerichtet, in dem sie darauf hinweisen, dass sie bei der Unterbringung von Flüchtlingen am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angekommen sind und in dem sie um Umsetzung der Maßnahmen bitten, die in dem am 19. Oktober 2015 vom Präsidium des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein Westfalen einstimmig beschlossenen Forderungskatalog enthalten sind.

Ein gleichlautendes Schreiben wurde an Vizekanzler Gabriel und ähnliche Schreiben wurden an Ministerpräsidentin Kraft sowie die stellvertretende Ministerpräsidentin Löhrmann versandt.

Aus dem Rhein-Sieg-Kreis haben die Bürgermeister von Königswinter, Eitorf, Much, Meckenheim, Niederkassel, Rheinbach, Ruppichterath, Lohmar und Bad Honnef unterschrieben.

Wir bitten um Beantwortung folgender Fragen:

1. Warum hat der Bürgermeister von Sankt Augustin diesen Brief nicht ebenfalls unterzeichnet?
2. Ist der Bürgermeister nicht der Ansicht, dass auch die Stadt Sankt Augustin bei der Unterbringung von Flüchtlingen am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angekommen ist bzw. dass dieses Ende kurzfristig droht?
3. Unterstützt der Bürgermeister nicht wie seine 210 Kolleginnen und Kollegen die vom Präsidium des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen einstimmig beschlossenen Forderungen? Falls nicht, warum?

*Stefanie Jung*

- Stefanie Jung -

gez. Jürgen Kammel

<Name des Unterzeichnenden>